

SKE-Richtlinien der LSG

Richtlinien für Zuwendungen aus den sozialen und kulturellen Einrichtungen der LSG-Interpreten gemäß § 13 Abs 3 VerwGesG 2006

Präambel

Die LSG Wahrnehmung von Leistungsschutzrechten Gesellschaft m.b.H. bezieht Einnahmen aus der „Leerkassettenvergütung“ gemäß § 42b Abs 1 UrhG. Sie ist gemäß § 13 VerwGesG 2006 bzw. § 5 ihres Gesellschaftsvertrags verpflichtet, für ihre Bezugsberechtigten sozialen und kulturellen Zwecken dienende Einrichtungen (im Folgenden „SKE“) zu bilden und diesen 50% der Gesamteinnahmen aus diesen Vergütungen abzüglich der darauf entfallenden Verwaltungskosten zuzuführen. Darüber hinaus können auch Teile der sonstigen Lizenzeinnahmen der LSG den SKE zugewiesen werden.

Die LSG ist eine gemeinsame Verwertungsgesellschaft der Interpreten und der Produzenten von Tonträgern und Musikvideos. Die nachstehenden Richtlinien gelten für die getrennt gebildeten SKE der Interpreten (§ 5 Abs 1 des LSG-Gesellschaftsvertrags) und wurden von den diese Bezugsberechtigten repräsentierenden Mitgliedern des LSG-Beirats beschlossen (§ 13 Abs 3 VerwGesG 2006). Unter LSG im Sinne der gegenständlichen Richtlinien ist die LSG-Interpretenverrechnung zu verstehen.

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Rechtsgeschäftliches Verhältnis

Die Förderleistungen werden in Entsprechung des gesetzlichen Auftrags aufgrund von privatrechtlichen Rechtsgeschäften zwischen der LSG und ihren Bezugsberechtigten erbracht.

2. Rechtsanspruch

Auf Leistungen der SKE besteht kein bei den ordentlichen Gerichten, in einem Verwaltungsverfahren oder sonst durchsetzbarer Anspruch. Ferner besteht auf Leistungen – sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach – auch dann kein Anspruch, wenn sie wiederholt oder laufend gewährt werden. Laufende Leistungen können von der LSG ohne Zustimmung des Empfängers jederzeit zur Gänze eingestellt, herabgesetzt oder in anderer Weise verändert werden.

3. Unverbindlichkeit

Alle in diesen Richtlinien bei der Beschreibung von Leistungen verwendeten Ausdrücke sind im Sinne der in diesem Abschnitt ausgedrückten Unverbindlichkeit zu verstehen.

4. Begünstigte

Als Begünstigte kommen generell alle Bezugsberechtigten der LSG in Betracht, die mit der LSG einen Wahrnehmungsvertrag abgeschlossen haben. Darüber hinaus können im Rahmen der Förderrichtlinien auch sonstige physische oder juristische Personen Zuwendungen aus den SKE erhalten, sofern dies Maßnahmen betrifft, die geeignet sind, die Stellung und Lage der Bezugsberechtigten zu verbessern oder ihnen als Stand zu helfen.

5. Berichtspflicht und Aufsicht

Die LSG erstellt jährlich bis zum 30.6. einen Tätigkeitsbericht über die den sozialen und kulturellen Einrichtungen zugeführten Einnahmen und deren Verwendung und übermittelt diesen gemäß § 8 Abs 2 Z 11 VerwGesG 2006 der Aufsichtsbehörde für Verwertungsgesellschaften.

6. Steuerrechtliche Behandlung

Für eine ordnungsgemäße Versteuerung der Zuschüsse hat der Leistungsempfänger in eigener Verantwortung zu sorgen.

II. Verwaltung der SKE

1. Vergabe der Mittel

Die Vergabe erfolgt unter Anwendung dieser Richtlinien und nach Maßgabe der vorhandenen Mittel.

2. Richtlinien der SKE

Die Verwaltung der SKE, insbesondere die Vergabe von Mitteln, erfolgt nach festen Regeln, die im Sinne der Präambel vom Beirat der LSG beschlossen werden. Sie sind den Bezugsberechtigten der LSG gemäß § 16 Abs 1 Z 5 VerwGesG 2006 in geeigneter Weise zugänglich zu machen. Eine Änderung dieser Richtlinien kann nur durch einen Beschluss des Beirats erfolgen.

3. Entscheidungsbefugnis

3.1. SKE-Ausschuss

Über die Vergabe der Mittel entscheidet der SKE-Ausschuss der LSG, der aus den Vorstandsmitglieder des Gesellschafters OESTIG und dem für die Interpreten zuständigen Geschäftsführer der LSG (siehe § 8 Abs 2 lit. a des LSG-Gesellschaftsvertrages) besteht. Der SKE-Ausschuss beschließt mit einfacher Mehrheit. Er ist beschlussfähig, wenn alle Ausschussmitglieder von der Sitzung mindestens 1 Woche vorher schriftlich verständigt worden sind. Jedes Mitglied hat eine Stimme, bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, im Verhinderungsfall seines Vertreters. Die Entscheidung erfolgt endgültig.

3.2. Geschäftsführer

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird bis zu einer Förderhöhe von EUR 5.000,-- pro Antrag bzw. EUR 50.000,-- pro Geschäftsjahr dem Präsidenten des Gesellschafters OESTIG gemäß § 8 Abs 2 lit a) des LSG-Gesellschaftsvertrags eine Vorentscheidungsbefugnis erteilt. Er hat über solche Entscheidungen dem SKE-Ausschuss bei jeder Ausschusssitzung zu berichten.

4. Bekanntmachung der Entscheidungen

Die von der LSG im Rahmen der SKE gesetzten Förderaktivitäten können jeweils in geeigneter Weise auch öffentlich bekannt gemacht werden.

III. Zuweisung der Mittel

1. Leerkassettenvergütung

Die LSG führt den SKE jährlich 50 % der Einnahmen aus der Leerkassettenvergütung gemäß § 42b Abs 1 UrhG zu.

2. Sonstige Zuweisungen

Eine weitere Dotierung aus anderen Quellen kann – ohne gesetzliche Verpflichtung – durch Gesellschafterbeschluss jeweils für ein Geschäftsjahr bedarfs- und zielorientiert festgelegt werden.

3. Mittelverwendung

Die Mittel der SKE sind nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen für soziale und kulturelle Zwecke zu verwenden.

4. Bedingungen/Auflagen

Die Gewährung von Leistungen kann an Bedingungen bzw. die Erfüllung von Auflagen geknüpft werden; bei Nichterfüllung kann die Zusage gänzlich oder teilweise zurückgezogen bzw. bereits geleistete Fördermittel gänzlich oder teilweise zurückgefordert werden.

5. Erschleichung

Dies gilt ebenso, wenn zur Erlangung der Leistungen falsche Angaben gemacht worden sind. Die LSG kann solcherart zuerkannte Leistungen zurückfordern oder sie bei allfälligen zukünftigen Reparierungen an dieselbe Person aufrechnen.

6. Überprüfungsrecht

Die LSG ist ermächtigt, die widmungsgemäße Verwendung der Mittel selbst oder durch Beauftragte zu überprüfen und dafür entsprechende Nachweise zu verlangen.

7. Antragstellung und Reihung der Anträge

Voraussetzung für die Behandlung im SKE-Ausschuss bzw. durch den Geschäftsführer ist das Vorliegen eines begründeten, schriftlichen Antrags. Dem Antrag sind die für die Beurteilung erforderlichen Unterlagen anzuschließen. Die LSG schließt jede Haftung für die überreichten Unterlagen aus. Fehlen bei einem Antrag Angaben oder Unterlagen, die für die Entscheidung von relevanter Bedeutung sind, gilt der Antrag bis zum Zeitpunkt der Vervollständigung als nicht eingebracht. Unter den Voraussetzungen gemäß Pkt. V. können Zuwendungen auch ohne Antrag vergeben werden.

Die Anträge werden nach ihrem Einlangen bei der LSG gereiht und nach Möglichkeit in der nächstfolgenden Sitzung des SKE-Ausschusses behandelt. Eine neuerliche Antragstellung nach bereits erfolgter Ablehnung ist nur bei wesentlicher Änderung der Voraussetzungen zulässig.

8. Ausmaß der Zuwendungen

Der SKE-Ausschuss bzw. der Geschäftsführer bestimmen die Höhe der Leistungen aufgrund der ihnen vorgelegten Unterlagen.

9. Verständigung von der Zuwendung

Der Antragsteller wird schriftlich verständigt. Eine Begründung ist auch im Fall der Ablehnung nicht erforderlich.

10. Nennung

Der Antragsteller ist verpflichtet, auf die Förderung durch die SKE der LSG in geeigneter Weise und in Absprache mit der LSG unter Verwendung des LSG-Logos oder des OESTIG-Logos hinzuweisen.

IV. Sozialen Zwecken dienende Leistungen

Aus den Mitteln der SKE können an Bezugsberechtigte einmalige oder wiederkehrende, individuelle Unterstützungen gewährt werden, die der Verbesserung der wirtschaftlichen, ide-

ellen oder rechtlichen Lage dieser Personen dienen (z.B. durch Übernahme von Steuer- und Rechtsberatungskosten, Ausbildungskosten, Zuschüsse oder ähnliche Maßnahmen).

V. Kulturellen Zwecken dienende Leistungen

Grundsätze

Aus den Mitteln der SKE können kulturellen Zwecken dienende Förderungen von der LSG mit oder ohne Antrag vergeben werden. Derartige Zuwendungen können sowohl an Bezugsberechtigte der LSG als auch an Personen erbracht werden, die gegenüber der LSG nicht bezugsberechtigt sind. Art und Höhe des Zuschusses werden im Einzelfall festgelegt.

VI. Einzelfördermaßnahmen

1. Nachwuchsförderung:

- Ankauf von Musikinstrumenten und Lehrbedarf über Ansuchen von Musikhochschulen, Konservatorien und Musikschulen
- Förderung von Konzertveranstaltungen und Wettbewerben, die der Nachwuchsförderung dienen

2. Arbeitsplatzsicherung:

- Maßnahmen zur Sicherung des Arbeitsplatzes in Verbindung eines kulturellen und sozialen Auftrages
- Rechtsberatung im Leistungsschutz
- Symposien
- Pirateriebekämpfung
- Publikationen und Gutachten

3. Interessenverbände:

- Unterstützung durch Mitgliedsbeiträge
- Beteiligung an Maßnahmen zur Festigung der urheberrechtlichen Stellung des Künstlers
- Projektförderung im Zusammenhang mit anderen Verwertungsgesellschaften

4. Kollektive und individuelle Unterstützung für aktive und nichtaktive Bezugsberechtigte:

- Kollektive Unterstützung in Form von finanziellen Zuschüssen zur Erhaltung der speziell für die Interpreten zur Verfügung stehenden Erholungsheime
- Individuelle Unterstützung für Notfälle bei Krankheit oder Verlust eines Dauerarbeitsplatzes eines Bezugsberechtigten als Interpret